Bundesgesetzblatt

85

Teil I

G 5702

2013 **Ausgegeben zu Bonn am 28. Januar 2013** **Nr. 3**

Tag	Inhalt	Seite
21. 1.2013	**Gesetz zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU und weiterer aufenthaltsrechtlicher Vorschriften** ... FNA: 26-13, 26-12, 26-12-1, 26-12-4 GESTA: B080	86
21. 1.2013	**Gesetz für einen Gerichtsstand bei besonderer Auslandsverwendung der Bundeswehr** ... FNA: 312-2, 300-2 GESTA: C111	89
21. 1.2013	**Gesetz über die weitere Bereinigung von Übergangsrecht aus dem Einigungsvertrag** ... FNA: 403-4, 753-10, 8053-6, 8252-3 GESTA: C123	91
21. 1.2013	**Gesetz zur Änderung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes und anderer umweltrechtlicher Vorschriften** ... FNA: 2129-46, 2129-20, 2129-29, 2129-47, 450-2, 753-13, 791-9, 2129-29-1, 2129-29-5, 791-8-1, 9510-1-17 GESTA: N033	95
23. 1.2013	**Gesetz zur Anpassung der Vorschriften des Internationalen Privatrechts an die Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 und zur Änderung anderer Vorschriften des Internationalen Privatrechts** FNA: 400-1, 211-9, 319-20, 404-30 GESTA: C125	101
15. 1.2013	Verordnung über das Ausbildungsgeld für Sanitätsoffizier-Anwärterinnen und -Anwärter (Sanitätsoffizier-Anwärter-Ausbildungsgeldverordnung – SanOAAusbGV) ... FNA: neu: 51-1-31; 51-1-26	104
14. 1.2013	Anordnung zur Übertragung beamtenrechtlicher Befugnisse und Zuständigkeiten für den Bereich der Deutschen Telekom AG (DTAGÜbertrAnO) ... FNA: neu: 2030-14-190; 2030-14-175	105

Hinweis auf andere Verkündungen

Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 1 ... 107

Rechtsvorschriften der Europäischen Union ... 108

Gesetz zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU und weiterer aufenthaltsrechtlicher Vorschriften

Vom 21. Januar 2013

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU

Das Freizügigkeitsgesetz/EU vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 1950, 1986), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 20. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2854) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
      aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird das Wort „Gemeinschaftsrechtlich" durch das Wort „Unionsrechtlich" ersetzt.
      bb) In Nummer 3 werden die Wörter „des Artikels 50 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft" durch die Wörter „des Artikels 57 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union" ersetzt.
   b) In Absatz 4 Satz 3 werden nach dem Wort „Aufenthaltskarte" die Wörter „, auch der" und nach dem Wort „Union" das Wort „, entbindet" eingefügt sowie nach der Angabe „(ABl. EU Nr. L 229 S. 35)" das Wort „entbindet" gestrichen.
   c) In Absatz 6 werden die Wörter „der Bescheinigung über das Aufenthaltsrecht und" gestrichen.
   d) Folgender Absatz 7 wird angefügt:

      „(7) Das Nichtbestehen des Rechts nach Absatz 1 kann festgestellt werden, wenn feststeht, dass die betreffende Person das Vorliegen einer Voraussetzung für dieses Recht durch die Verwendung von gefälschten oder verfälschten Dokumenten oder durch Vorspiegelung falscher Tatsachen vorgetäuscht hat. Das Nichtbestehen des Rechts nach Absatz 1 kann bei einem Familienangehörigen, der nicht Unionsbürger ist, außerdem festgestellt werden, wenn feststeht, dass er dem Unionsbürger nicht zur Herstellung oder Wahrung der familiären Lebensgemeinschaft nachzieht oder ihn nicht zu diesem Zweck begleitet. Einem Familienangehörigen, der nicht Unionsbürger ist, kann in diesen Fällen die Erteilung der Aufenthaltskarte oder des Visums versagt werden oder seine Aufenthaltskarte kann eingezogen werden. Entscheidungen nach den Sätzen 1 bis 3 bedürfen der Schriftform."
2. § 3 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
      aa) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Ehegatte" die Wörter „, der Lebenspartner" und nach dem Wort „Ehegatten" die Wörter „oder Lebenspartner" eingefügt.
      bb) In Nummer 2 werden jeweils nach dem Wort „Ehegatten" die Wörter „oder Lebenspartner" eingefügt.
   b) Absatz 5 Satz 1 wird wie folgt geändert:
      aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden nach dem Wort „Ehegatten" die Wörter „oder Lebenspartner" und nach den Wörtern „Aufhebung der Ehe" die Wörter „oder Aufhebung der Lebenspartnerschaft" eingefügt.
      bb) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Ehe" die Wörter „oder die Lebenspartnerschaft" eingefügt.
      cc) In Nummer 2 werden nach dem Wort „Ehegatten" die Wörter „oder der Lebenspartner" eingefügt.
      dd) In Nummer 3 werden nach dem Wort „Ehegatten" die Wörter „oder dem Lebenspartner" und nach dem Wort „Ehe" die Wörter „oder der Lebenspartnerschaft" eingefügt.
      ee) In Nummer 4 werden nach dem Wort „Ehegatten" die Wörter „oder der Lebenspartner" eingefügt.
   c) Absatz 6 wird aufgehoben.
3. In § 4 Satz 1 werden nach den Wörtern „Nicht erwerbstätige Unionsbürger" das Komma durch das Wort „und" ersetzt und die Wörter „und ihre Lebenspartner" gestrichen.
4. § 4a wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
      aa) Im Wortlaut werden die Wörter „, ihre Familienangehörigen und Lebenspartner" gestrichen.
      bb) Folgender Satz wird angefügt:

      „Ihre Familienangehörigen, die nicht Unionsbürger sind, haben dieses Recht, wenn sie sich seit fünf Jahren mit dem Unionsbürger ständig rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten haben."

b) In Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „Ehegatte" die Wörter „oder der Lebenspartner" eingefügt.

c) In Absatz 3 Nummer 3 werden nach dem Wort „Ehegatte" die Wörter „oder Lebenspartner" eingefügt.

d) In Absatz 4 werden die Wörter „oder vor seinem Tod erworben hatte" und „bereits bei Entstehen seines Daueraufenthaltsrechts" gestrichen und das Wort „hatten" durch das Wort „haben" ersetzt.

5. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 5

Aufenthaltskarten,
Bescheinigung über das Daueraufenthaltsrecht".

b) Absatz 1 wird aufgehoben.

c) Die Absätze 2 und 3 werden die Absätze 1 und 2.

d) Absatz 4 wird Absatz 3 und das Wort „Der" wird durch die Wörter „Das Vorliegen oder der" und das Wort „Ausstellungsvoraussetzungen" durch die Wörter „Voraussetzungen des Rechts nach § 2 Absatz 1" ersetzt.

e) Absatz 5 wird Absatz 4 und in Satz 1 werden die Wörter „und die Bescheinigung über das gemeinschaftsrechtliche Aufenthaltsrecht eingezogen" gestrichen, vor den Wörtern „die Aufenthaltskarte" die Wörter „bei Familienangehörigen, die nicht Unionsbürger sind," eingefügt sowie das Wort „widerrufen" durch das Wort „eingezogen" ersetzt.

f) Absatz 6 wird Absatz 5 und in Satz 1 wird das Wort „Daueraufenthalt" durch das Wort „Daueraufenthaltsrecht" ersetzt.

g) Absatz 7 wird Absatz 6 und die Wörter „Absatz 5 Satz 1" werden durch die Wörter „Absatz 4 Satz 1" ersetzt.

6. § 5a wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „für die Ausstellung der Bescheinigung nach § 5 Abs. 1" durch die Wörter „in den Fällen des § 5 Absatz 2" ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Im Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „für die Ausstellung der Bescheinigung nach § 5 Abs. 1" durch die Wörter „in den Fällen des § 5 Absatz 2" ersetzt und nach dem Wort „zusätzlich" die Wörter „Folgendes verlangen:" eingefügt.

bb) In Nummer 2 werden die Wörter „Bescheinigung nach § 5 Abs. 1" durch das Wort „Meldebestätigung" und das abschließende Komma durch einen Punkt ersetzt.

cc) Nummer 3 wird aufgehoben.

dd) Der abschließende Satzteil „verlangen." wird gestrichen.

7. § 6 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Angabe „§ 5 Abs. 5" durch die Wörter „§ 2 Absatz 7 und des § 5 Absatz 4" sowie die Wörter „Artikel 39 Abs. 3, Artikel 46 Abs. 1 des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft" durch die Wörter „Artikel 45 Absatz 3, Artikel 52 Absatz 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union" ersetzt, werden die Wörter „über das gemeinschaftsrechtliche Aufenthaltsrecht oder" gestrichen und werden die Wörter „den Daueraufenthalt" durch die Wörter „das Daueraufenthaltsrecht", die Wörter „eingezogen und" durch das Wort „oder" sowie das Wort „widerrufen" durch das Wort „eingezogen" ersetzt.

b) In Satz 3 werden nach dem Wort „wenn" die Wörter „es sich um Krankheiten mit epidemischem Potenzial im Sinne der einschlägigen Rechtsinstrumente der Weltgesundheitsorganisation und sonstige übertragbare, durch Infektionserreger oder Parasiten verursachte Krankheiten handelt, sofern gegen diese Krankheiten Maßnahmen im Bundesgebiet getroffen werden, und wenn" eingefügt.

8. § 7 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden nach dem Wort „Unionsbürger" die Wörter „oder ihre Familienangehörigen" eingefügt.

b) Satz 2 wird aufgehoben.

9. § 8 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 Buchstabe b wird das Wort „auszuhändigen" durch das Wort „vorzulegen" ersetzt.

b) In Nummer 3 werden die Wörter „die Bescheinigung über das gemeinschaftsrechtliche Aufenthaltsrecht," gestrichen und nach dem Wort „Behörden" die Wörter „auf Verlangen" eingefügt.

10. § 10 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Ordnungswidrig handelt, wer entgegen § 8 Absatz 1 Nummer 1 Büchstabe b oder entgegen § 8 Absatz 1 Nummer 3 ein dort genanntes Dokument nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt."

11. § 11 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In den Sätzen 3 bis 7 werden jeweils die Wörter „§ 5 Absatz 2 Satz 1" durch die Wörter „§ 5 Absatz 1 Satz 1" und die Wörter „§ 5 Absatz 6 Satz 2" durch die Wörter „§ 5 Absatz 5 Satz 2" ersetzt.

b) In Satz 9 wird die Angabe „§ 5 Abs. 5" durch die Angabe „§ 5 Absatz 4" ersetzt.

Artikel 2

Änderung des Aufenthaltsgesetzes

Dem § 43 Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), das zuletzt durch Artikel 1 und 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 1. Juni 2012 (BGBl. I S. 1224) geändert worden ist, wird folgender Satz angefügt:

„Hiervon ausgenommen sind die Prüfungs- und Nachweismodalitäten der Abschlusstests zu den Integra-

tionskursen, die das Bundesministerium des Innern durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates regelt."

Artikel 3

Änderung der Aufenthaltsverordnung

Die Aufenthaltsverordnung vom 25. November 2004 (BGBl. I S. 2945), die zuletzt durch Artikel 5 Absatz 1 des Gesetzes vom 1. Juni 2012 (BGBl. I S. 1224) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 47 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 1 werden die Wörter „§ 5 Absatz 2 Satz 1" durch die Wörter „§ 5 Absatz 1 Satz 1" und die Wörter „§ 5 Absatz 6 Satz 2" durch die Wörter „§ 5 Absatz 5 Satz 2" ersetzt.
      bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:
         aaa) In Nummer 1 werden die Wörter „§ 5 Absatz 2 Satz 1" durch die Wörter „§ 5 Absatz 1 Satz 1" ersetzt.
         bbb) In Nummer 2 werden die Wörter „§ 5 Absatz 6 Satz 2" durch die Wörter „§ 5 Absatz 5 Satz 2" ersetzt.
      cc) In Satz 4 werden die Wörter „§ 5 Absatz 6 Satz 1" durch die Wörter „§ 5 Absatz 5 Satz 1" ersetzt.
   b) In Absatz 4 werden die Wörter „§ 5 Absatz 2 Satz 1" durch die Wörter „§ 5 Absatz 1 Satz 1" und die Wörter „§ 5 Absatz 6 Satz 2" durch die Wörter „§ 5 Absatz 5 Satz 2" ersetzt.
2. § 58 Satz 1 wird wie folgt geändert:
   a) In Nummer 13 wird die Angabe „§ 5 Abs. 2" durch die Angabe „§ 5 Absatz 1" ersetzt.
   b) In Nummer 14 wird die Angabe „§ 5 Abs. 6" durch die Angabe „§ 5 Absatz 5" ersetzt.
3. § 65 Nummer 9 wird wie folgt geändert:
   a) In Buchstabe a werden die Wörter „sowie einer Bescheinigung über das Bestehen des Freizügigkeitsrechts" gestrichen.
   b) In Buchstabe i wird die Angabe „§ 5 Abs. 5" durch die Wörter „§ 2 Absatz 7, § 5 Absatz 4" ersetzt.
4. In der Überschrift der Anlage D 15 wird die Angabe „§ 5 Abs. 2" durch die Angabe „§ 5 Absatz 1" ersetzt.
5. In der Überschrift der Anlage D 16 wird die Angabe „§ 5 Abs. 6" durch die Angabe „§ 5 Absatz 5" ersetzt.

Artikel 4

Änderung der Zweiten Verordnung zur Änderung der Integrationskursverordnung

In Artikel 1 Nummer 13 Buchstabe a der Zweiten Verordnung zur Änderung der Integrationskursverordnung vom 20. Februar 2012 (BGBl. I S. 295) wird Absatz 1 Satz 4 gestrichen.

Artikel 5

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 21. Januar 2013

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Innern
Hans-Peter Friedrich

Gesetz für einen Gerichtsstand bei besonderer Auslandsverwendung der Bundeswehr

Vom 21. Januar 2013

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung der Strafprozessordnung

Die Strafprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2425) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 11 wird folgender § 11a eingefügt:

   „§ 11a

   Wird eine Straftat außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes von Soldatinnen oder Soldaten der Bundeswehr in besonderer Auslandsverwendung (§ 62 Absatz 1 des Soldatengesetzes) begangen, so ist der Gerichtsstand bei dem für die Stadt Kempten zuständigen Gericht begründet."

2. In § 12 Absatz 1 wird die Angabe „11" durch die Angabe „11a und 13a" ersetzt.

Artikel 2

Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes

§ 143 Absatz 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2418) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„(1) Die örtliche Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft bestimmt sich nach der örtlichen Zuständigkeit des Gerichts, bei dem die Staatsanwaltschaft besteht. Fehlt es im Geltungsbereich dieses Gesetzes an einem zuständigen Gericht oder ist dieses nicht ermittelt, ist die zuerst mit der Sache befasste Staatsanwaltschaft zuständig. Ergibt sich in den Fällen des Satzes 2 die Zuständigkeit eines Gerichts, ist das Verfahren an die nach Satz 1 zuständige Staatsanwaltschaft abzugeben, sobald alle notwendigen verfahrenssichernden Maßnahmen ergriffen worden sind und der Verfahrensstand eine geordnete Abgabe zulässt. Satz 3 gilt entsprechend, wenn die Zuständigkeit einer Staatsanwaltschaft entfallen ist und eine andere Staatsanwaltschaft zuständig geworden ist."

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. April 2013 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 21. Januar 2013

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin der Justiz
S. Leutheusser-Schnarrenberger

Der Bundesminister der Verteidigung
Thomas de Maizière

Gesetz über die weitere Bereinigung von Übergangsrecht aus dem Einigungsvertrag

Vom 21. Januar 2013

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Nichtanwendung von Maßgaben des Einigungsvertrages

Folgende Maßgaben zum übergeleiteten Bundesrecht aus der Anlage I des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 907) sind nicht mehr anzuwenden:

1. in Kapitel II, Sachgebiet B: Verwaltung, Abschnitt III Nummer 2
   a) Buchstabe d Doppelbuchstabe dd (BGBl. 1990 II S. 915),
   b) Buchstabe e (BGBl. 1990 II S. 915);
2. in Kapitel III,
   a) Sachgebiet A: Rechtspflege, Abschnitt III
      aa) Nummer 8 Buchstabe e (BGBl. 1990 II S. 929),
      bb) Nummer 14
         aaa) Buchstabe i (BGBl. 1990 II S. 934),
         bbb) Buchstabe j (BGBl. 1990 II S. 934),
   b) Sachgebiet B: Bürgerliches Recht, Abschnitt III Nummer 10 (BGBl. 1990 II S. 954),
   c) Sachgebiet C: Strafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht, Abschnitt III Nummer 3 Buchstabe a (BGBl. 1990 II S. 957);
3. in Kapitel IV, Sachgebiet B: Haushalts- und Finanzwesen, Abschnitt III
   a) Nummer 1 (BGBl. 1990 II S. 994),
   b) Nummer 3 (BGBl. 1990 II S. 995);
4. in Kapitel V,
   a) Sachgebiet A: Allgemeines Wirtschaftsrecht, Wirtschaftspolitik, Wettbewerbs- und Preisrecht, Abschnitt III
      aa) Nummer 1 (BGBl. 1990 II S. 997),
      bb) Nummer 2 (BGBl. 1990 II S. 997),
      cc) Nummer 3 (BGBl. 1990 II S. 997),
      dd) Nummer 4 (BGBl. 1990 II S. 997),
   b) Sachgebiet B: Berufsrecht, Recht der beruflichen Bildung, Abschnitt III
      aa) Nummer 1
         aaa) Buchstabe f (BGBl. 1990 II S. 999),
         bbb) Buchstabe g (BGBl. 1990 II S. 999),
         ccc) Buchstabe h (BGBl. 1990 II S. 999),
         ddd) Buchstabe k (BGBl. 1990 II S. 999),
         eee) Buchstabe l (BGBl. 1990 II S. 999),
         fff) Buchstabe m (BGBl. 1990 II S. 999),
      bb) Nummer 2 (BGBl. 1990 II S. 1000),
      cc) Nummer 3
         aaa) Buchstabe b Doppelbuchstabe aa (BGBl. 1990 II S. 1000),
         bbb) Buchstabe b Doppelbuchstabe bb (BGBl. 1990 II S. 1000),
         ccc) Buchstabe c (BGBl. 1990 II S. 1000),
         ddd) Buchstabe d (BGBl. 1990 II S. 1000),
      dd) Nummer 4 (BGBl. 1990 II S. 1000),
   c) Sachgebiet C: Gewerberecht, Recht der Technik, Gewerbe- und Filmförderung, Abschnitt III
      aa) Nummer 1 (BGBl. 1990 II S. 1001),
      bb) Nummer 2 (BGBl. 1990 II S. 1001),
      cc) Nummer 3 Buchstabe b bis f (BGBl. 1990 II S. 1001),
      dd) Nummer 4 Buchstabe b bis e (BGBl. 1990 II S. 1002),
      ee) Nummer 5 Buchstabe c (BGBl. 1990 II S. 1002),
      ff) Nummer 6 (BGBl. 1990 II S. 1002),
   d) Sachgebiet D: Recht des Bergbaus und der Versorgungswirtschaft, Abschnitt III
      aa) Nummer 1
         aaa) Buchstabe d Absatz 1 bis 3 (BGBl. 1990 II S. 1004),
         bbb) Buchstabe e Doppelbuchstabe aa und bb (BGBl. 1990 II S. 1005),
         ccc) Buchstabe f Satz 1 (BGBl. 1990 II S. 1005),
         ddd) Buchstabe h Doppelbuchstabe cc (BGBl. 1990 II S. 1005),
      bb) Nummer 2 (BGBl. 1990 II S. 1006),
      cc) Nummer 3 (BGBl. 1990 II S. 1006),
      dd) Nummer 4 (BGBl. 1990 II S. 1006),
      ee) Nummer 5 (BGBl. 1990 II S. 1006),
      ff) Nummer 6 (BGBl. 1990 II S. 1006),
      gg) Nummer 7 (BGBl. 1990 II S. 1006),
      hh) Nummer 8 (BGBl. 1990 II S. 1006),
      ii) Nummer 10
         aaa) Buchstabe a (BGBl. 1990 II S. 1007),
         bbb) Buchstabe b (BGBl. 1990 II S. 1007),
         ccc) Buchstabe d (BGBl. 1990 II S. 1007),
         ddd) Buchstabe e (BGBl. 1990 II S. 1007),
         eee) Buchstabe g (BGBl. 1990 II S. 1007),
      jj) Nummer 11 (BGBl. 1990 II S. 1007),
      kk) Nummer 12 (BGBl. 1990 II S. 1007),
      ll) Nummer 13 (BGBl. 1990 II S. 1007),
      mm) Nummer 14 (BGBl. 1990 II S. 1007),

nn) Nummer 15 (BGBl. 1990 II S. 1008),

oo) Nummer 16 (BGBl. 1990 II S. 1008),

pp) Nummer 17

aaa) Buchstabe a (BGBl. 1990 II S. 1008),

bbb) Buchstabe c (BGBl. 1990 II S. 1008),

ccc) Buchstabe d (BGBl. 1990 II S. 1008),

qq) Nummer 18 (BGBl. 1990 II S. 1009),

e) Sachgebiet E: Recht der gewerblichen Wirtschaft, Abschnitt III (BGBl. 1990 II S. 1009);

5. in Kapitel VI, Sachgebiet A: Bodennutzung und Tierhaltung, Veterinärwesen, Abschnitt III

a) Nummer 4 (BGBl. 1990 II S. 1010),

b) Nummer 5 (BGBl. 1990 II S. 1011);

6. in Kapitel VIII,

a) Sachgebiet B: Technischer Arbeitsschutz, Abschnitt III

aa) Nummer 9 Buchstabe c (BGBl. 1990 II S. 1029),

bb) Nummer 10 (BGBl. 1990 II S. 1029),

cc) Nummer 12 Buchstabe d (BGBl. 1990 II S. 1029),

b) Sachgebiet C: Sozialer Arbeitsschutz, Abschnitt III

aa) Nummer 2 (BGBl. 1990 II S. 1030),

bb) Nummer 3 (BGBl. 1990 II S. 1030),

c) Sachgebiet F: Sozialversicherung (Allgemeine Vorschriften), Abschnitt III

aa) Nummer 1

aaa) Buchstabe b (BGBl. 1990 II S. 1046),

bbb) Buchstabe c (BGBl. 1990 II S. 1046),

ccc) Buchstabe d bis o (BGBl. 1990 II S. 1046, 1047),

bb) Nummer 2 (BGBl. 1990 II S. 1047),

cc) Nummer 3 (BGBl. 1990 II S. 1047),

dd) Nummer 4 (BGBl. 1990 II S. 1047),

ee) Nummer 8 (BGBl. 1990 II S. 1048),

ff) Nummer 9 (BGBl. 1990 II S. 1048),

gg) Nummer 10 (BGBl. 1990 II S. 1048),

hh) Nummer 11 (BGBl. 1990 II S. 1048),

d) Sachgebiet G: Krankenversicherung, Gesundheitliche Vorsorge, Abschnitt III

aa) Nummer 1 (BGBl. 1990 II S. 1055),

bb) Nummer 2 Buchstabe a (BGBl. 1990 II S. 1056),

cc) Nummer 9 (BGBl. 1990 II S. 1056),

dd) Nummer 11 (BGBl. 1990 II S. 1057),

e) Sachgebiet H: Gesetzliche Rentenversicherung, Abschnitt III

aa) Nummer 1

aaa) Buchstabe b (BGBl. 1990 II S. 1060),

bbb) Buchstabe c (BGBl. 1990 II S. 1060),

ccc) Buchstabe d mit Ausnahme der Regelungen in Doppelbuchstabe aa Satz 2 und 3 sowie in Doppelbuchstabe bb zu folgenden Normen des Rentenreformgesetzes 1992: Artikel 1 § 31 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 sowie zu den §§ 235 und 301 Absatz 1 (BGBl. 1990 II S. 1060),

ddd) Buchstabe e (BGBl. 1990 II S. 1061),

eee) Buchstabe f Doppelbuchstabe aa und Doppelbuchstabe cc (BGBl. 1990 II S. 1061),

fff) Buchstabe g (BGBl. 1990 II S. 1061),

ggg) Buchstabe h (BGBl. 1990 II S. 1061),

hhh) Buchstabe i (BGBl. 1990 II S. 1061),

bb) Nummer 4 (BGBl. 1990 II S. 1061),

cc) Nummer 5 (BGBl. 1990 II S. 1062),

dd) Nummer 6 (BGBl. 1990 II S. 1062),

ee) Nummer 7 (BGBl. 1990 II S. 1062),

ff) Nummer 8 (BGBl. 1990 II S. 1062),

gg) Nummer 9 (BGBl. 1990 II S. 1062),

f) Sachgebiet I: Gesetzliche Unfallversicherung, Abschnitt III

aa) Nummer 1

aaa) Buchstabe c Absatz 8 Nummer 2 Doppelbuchstabe aa, bb Satz 1 bis 3, Doppelbuchstabe cc bis ff (BGBl. 1990 II S. 1064),

bbb) Buchstabe d (BGBl. 1990 II S. 1065),

bb) Nummer 3 (BGBl. 1990 II S. 1066),

g) Sachgebiet K: Soziales Entschädigungsrecht und Rehabilitation, Abschnitt III

aa) Nummer 1

aaa) Buchstabe a (BGBl. 1990 II S. 1067),

bbb) Buchstabe d (BGBl. 1990 II S. 1067),

ccc) Buchstabe f (BGBl. 1990 II S. 1067),

ddd) Buchstabe g (BGBl. 1990 II S. 1067),

eee) Buchstabe h (BGBl. 1990 II S. 1068),

bb) Nummer 18

aaa) Buchstabe a (BGBl. 1990 II S. 1069),

bbb) Buchstabe c (BGBl. 1990 II S. 1069),

ccc) Buchstabe d (BGBl. 1990 II S. 1070),

h) Sachgebiet L: Förderung der Vermögensbildung, Abschnitt III Nummer 1 (BGBl. 1990 II S. 1070);

7. in Kapitel X,

a) Sachgebiet A: Frauenpolitik, Abschnitt III (BGBl. 1990 II S. 1072),

b) Sachgebiet B: Jugend, Abschnitt III Nummer 2 (BGBl. 1990 II S. 1074),

c) Sachgebiet G: Tierärzte, Abschnitt III Nummer 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb (BGBl. 1990 II S. 1093),

d) Sachgebiet H: Familie und Soziales, Abschnitt III

aa) Nummer 2 (BGBl. 1990 II S. 1095),

bb) Nummer 11 (BGBl. 1990 II S. 1096),

cc) Nummer 15 (BGBl. 1990 II S. 1097);

8. in Kapitel XI,

a) Sachgebiet A: Eisenbahnverkehr, Abschnitt III

aa) Nummer 1 (BGBl. 1990 II S. 1098),

bb) Nummer 3 (BGBl. 1990 II S. 1098),

cc) Nummer 4 (BGBl. 1990 II S. 1098),

dd) Nummer 6 (BGBl. 1990 II S. 1099),

ee) Nummer 7 (BGBl. 1990 II S. 1099),

b) Sachgebiet B: Straßenverkehr, Abschnitt III

aa) Nummer 1

aaa) Buchstabe a (BGBl. 1990 II S. 1100),

bbb) Buchstabe f (BGBl. 1990 II S. 1100),

ccc) Buchstabe g (BGBl. 1990 II S. 1100),

ddd) Buchstabe h (BGBl. 1990 II S. 1100),

bb) Nummer 2

aaa) Absatz 2 und 3 (BGBl. 1990 II S. 1100),

bbb) Absatz 6 bis 11 (BGBl. 1990 II S. 1100),

ccc) Absatz 13 (BGBl. 1990 II S. 1101),

ddd) Absatz 17 und 18 (BGBl. 1990 II S. 1101),

eee) Absatz 30 bis 33 (BGBl. 1990 II S. 1102),

fff) Absatz 37 (BGBl. 1990 II S. 1102),

ggg) Absatz 45 (BGBl. 1990 II S. 1102),

cc) Nummer 5 (BGBl. 1990 II S. 1103),

dd) Nummer 8 Buchstabe b bis d (BGBl. 1990 II S. 1103),

ee) Nummer 15 (BGBl. 1990 II S. 1105),

c) Sachgebiet E: Binnenschifffahrt und Wasserstraßen, Abschnitt III

aa) Nummer 1 (BGBl. 1990 II S. 1110),

bb) Nummer 2 (BGBl. 1990 II S. 1110),

cc) Nummer 6

aaa) Buchstabe b (BGBl. 1990 II S. 1111),

bbb) Buchstabe d (BGBl. 1990 II S. 1111),

dd) Nummer 7 (BGBl. 1990 II S. 1111),

d) Sachgebiet F: Straßenbau, Abschnitt III Nummer 1 (BGBl. 1990 II S. 1111);

9. in Kapitel XII, Sachgebiet E: Chemikalienrecht, Abschnitt III Nummer 1 (BGBl. 1990 II S. 1118);

10. in Kapitel XIII,

a) Sachgebiet A: Postverfassungsrecht, Abschnitt III Nummer 1 (BGBl. 1990 II S. 1120),

b) Sachgebiet B: Postwesen, Abschnitt III Nummer 1 (BGBl. 1990 II S. 1121),

c) Sachgebiet C: Fernmeldewesen, Abschnitt III Nummer 1 und 2 (BGBl. 1990 II S. 1121);

11. in Kapitel XVI,

a) Sachgebiet C: Berufliche Bildung, Abschnitt III Nummer 1

aa) Buchstabe a (BGBl. 1990 II S. 1135),

bb) Buchstabe b (BGBl. 1990 II S. 1135),

cc) Buchstabe c (BGBl. 1990 II S. 1135),

dd) Buchstabe d (BGBl. 1990 II S. 1135),

ee) Buchstabe e (BGBl. 1990 II S. 1135),

ff) Buchstabe g (BGBl. 1990 II S. 1135),

gg) Buchstabe h (BGBl. 1990 II S. 1136),

hh) Buchstabe i (BGBl. 1990 II S. 1136),

ii) Buchstabe k (BGBl. 1990 II S. 1136),

b) Sachgebiet D: Fernunterricht, Abschnitt III (BGBl. 1990 II S. 1136);

12. in Kapitel XVII, Abschnitt III (BGBl. 1900 II S. 1137);

13. in Kapitel XIX,

a) Sachgebiet A: Recht der im öffentlichen Dienst stehenden Personen, Abschnitt III Nummer 17 (BGBl. 1990 II S. 1144),

b) Sachgebiet B: Recht der Soldaten, Abschnitt III

aa) Nummer 1 (BGBl. 1990 II S. 1146),

bb) Nummer 2 (BGBl. 1990 II S. 1146),

cc) Nummer 3 (BGBl. 1990 II S. 1146),

dd) Nummer 4 (BGBl. 1900 II S. 1146),

ee) Nummer 5 Buchstabe c (BGBl. 1990 II S. 1147),

ff) Nummer 6 (BGBl. 1990 II S. 1147).

Artikel 2

Änderung des Gesetzes über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken

§ 83 des Gesetzes über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 403-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 29 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„§ 83

In dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet gilt dieses Gesetz mit folgenden Maßgaben:

1. Rechte, mit denen ein Schiff oder ein Schiffsbauwerk am 2. Oktober 1990 belastet war, bleiben mit dem Inhalt und Rang bestehen, der sich aus dem an diesem Tage geltenden Recht ergibt. § 57 Absatz 3 ist nicht anzuwenden.

2. Zur Aufhebung einer Hypothek, die am 2. Oktober 1990 bestand, ist die Zustimmung des Eigentümers nicht erforderlich. Die Bestimmungen dieses Gesetzes über den Verzicht auf die Hypothek sind bei solchen Hypotheken nicht anzuwenden."

Artikel 3

Änderung der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser

Die Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser vom 20. Juni 1980 (BGBl. I S. 750, 1067), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 13. Januar 2010 (BGBl. I S. 10) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter „§§ 3 bis 11 des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen" durch die Wörter „§§ 305 bis 310 des Bürgerlichen Gesetzbuchs" ersetzt.

2. § 10 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

a) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„In dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet bleibt das am Tag des Wirksamwerdens des Beitritts bestehende Eigentum eines Kunden an einem Hausanschluss, den er auf eigene Kosten errichtet oder erweitert hat, bestehen, solange er das Eigentum nicht auf das Wasserversorgungsunternehmen überträgt."

b) In dem neuen Satz 3 wird das Wort „Sie" durch das Wort „Hausanschlüsse" und das Wort „diesem" durch die Wörter „dem Wasserversorgungsunternehmen" ersetzt.

3. § 19 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Der Kunde kann jederzeit die Nachprüfung der Messeinrichtung nach § 32 Absatz 2 der Eichordnung verlangen."

4. In § 34 Absatz 1 werden nach dem Wort „Kaufleute" das Komma und die Wörter „die nicht zu den in § 4 des Handelsgesetzbuchs bezeichneten Gewerbetreibenden gehören" gestrichen.

5. § 36 wird aufgehoben.

Artikel 4

Änderung des Chemikaliengesetzes

§ 19a Absatz 5 des Chemikaliengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 2008 (BGBl. I S. 1146), das zuletzt durch Artikel 5 Absatz 39 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden auf vor dem 1. August 1990 begonnene und bis zum 1. Januar 1995 abgeschlossene Prüfungen, wenn die zuständige Behörde im Einzelfall festgestellt hat, dass die Prüfung auch unter Berücksichtigung der Grundsätze der Guten Laborpraxis noch verwertbar ist."

Artikel 5

Änderung des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte

§ 17 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2477, 2557), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2789) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Absatzbezeichnung „(1)" wird gestrichen.
2. Absatz 2 wird aufgehoben.

Artikel 6

Bekanntmachungserlaubnis

Das Bundesministerium der Justiz kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Bundesministerium für Gesundheit, dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Bundesgesetzblatt bekannt machen, welche Maßgaben zum Bundesrecht in Abschnitt III der Anlage I des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 889, 907) weiter anzuwenden sind. Dabei können alle bis zum Tag der Bekanntmachung verkündeten Rechtsvorschriften berücksichtigt werden, die die Nichtanwendung oder das Außerkrafttreten solcher Maßgaben bestimmt haben.

Artikel 7

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Satzes 2 am Tag nach der Verkündung in Kraft. In Artikel 1 Nummer 4 treten Buchstabe d Doppelbuchstabe ii Dreifachbuchstabe eee am 1. Januar 2014 und Buchstabe b Doppelbuchstabe cc Dreifachbuchstabe bbb am 1. Januar 2015 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 21. Januar 2013

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin der Justiz
S. Leutheusser-Schnarrenberger

Gesetz zur Änderung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes und anderer umweltrechtlicher Vorschriften

Vom 21. Januar 2013

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes[1]

Das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz vom 7. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2816), das zuletzt durch Artikel 5 Absatz 32 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

      aa) In Nummer 1 wird im Satzteil nach Buchstabe c nach den Wörtern „Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung" die Angabe „(UVP)" eingefügt.

      bb) In Nummer 2 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.

      cc) Folgende Nummer 3 wird angefügt:

      „3. Entscheidungen nach dem Umweltschadensgesetz."

   b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

      „(3) Soweit in Planfeststellungsverfahren, die Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 oder 2 unterfallen, Rechtsbehelfe nach diesem Gesetz eröffnet sind, wird § 64 Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes nicht angewendet."

2. § 2 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

      aa) In Nummer 1 werden die Wörter „, Rechte Einzelner begründen" gestrichen.

      bb) In Nummer 3 wird die Angabe „§ 1 Abs. 1" durch die Angabe „§ 1 Absatz 1 Satz 1" ersetzt.

   b) In Absatz 3 wird die Angabe „§ 1 Abs. 1" jeweils durch die Angabe „§ 1 Absatz 1 Satz 1" ersetzt.

   c) Absatz 5 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

      „Rechtsbehelfe nach Absatz 1 sind begründet,

      1. soweit die Entscheidung nach § 1 Absatz 1 Satz 1 oder deren Unterlassen gegen Rechtsvorschriften verstößt, die dem Umweltschutz dienen und für die Entscheidung von Bedeutung sind,

      2. bei Rechtsbehelfen in Bezug auf Bebauungspläne, soweit die Festsetzungen des Bebauungsplans, die die Zulässigkeit eines UVP-pflichtigen Vorhabens begründen, gegen Rechtsvorschriften verstoßen, die dem Umweltschutz dienen,

      und der Verstoß Belange des Umweltschutzes berührt, die zu den Zielen gehören, die die Vereinigung nach ihrer Satzung fördert."

3. § 4 wird wie folgt geändert:

   a) Nach Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

      „Satz 1 Nummer 1 gilt auch, wenn eine durchgeführte Vorprüfung des Einzelfalls über die UVP-Pflichtigkeit nicht dem Maßstab von § 3a Satz 4 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung genügt."

   b) In Absatz 3 wird das Wort „entsprechend" durch das Wort „auch" ersetzt.

[1] Das Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (Kodifizierter Text) (ABl. L 26 vom 28.1.2012, S. 1), der Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (ABl. L 197 vom 21.7.2001, S. 30), der Umsetzung der Artikel 3 und 4 der Richtlinie 2003/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme und zur Änderung der Richtlinien 85/337/EWG und 96/61/EG des Rates in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten (ABl. L 156 vom 25.6.2003, S. 17) sowie der Umsetzung von Artikel 25 der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) (Neufassung) (ABl. L 334 vom 17.12.2010, S. 17).

4. Nach § 4 wird folgender § 4a eingefügt:

„§ 4a

Maßgaben zur
Anwendung der Verwaltungsgerichtsordnung

(1) Der Kläger hat innerhalb einer Frist von sechs Wochen die zur Begründung seiner Klage gegen eine Entscheidung im Sinne von § 1 Absatz 1 Satz 1 oder deren Unterlassen dienenden Tatsachen und Beweismittel anzugeben. § 87b Absatz 3 der Verwaltungsgerichtsordnung gilt entsprechend. Die Frist nach Satz 1 kann durch den Vorsitzenden oder den Berichterstatter auf Antrag verlängert werden.

(2) Soweit der Verwaltungsbehörde bei der Anwendung umweltrechtlicher Vorschriften eine Beurteilungsermächtigung eingeräumt ist, ist eine behördliche Entscheidung im gerichtlichen Verfahren nur daraufhin zu überprüfen, ob

1. der Sachverhalt vollständig und zutreffend erfasst wurde,
2. die Verfahrensregeln und die rechtlichen Bewertungsgrundsätze eingehalten wurden,
3. das anzuwendende Recht verkannt wurde,
4. sachfremde Erwägungen vorliegen.

(3) § 80 Absatz 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass das Gericht der Hauptsache die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise anordnen oder wiederherstellen kann, wenn im Rahmen einer Gesamtabwägung ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verwaltungsakts bestehen.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten auch für gerichtliche Rechtsbehelfe von Beteiligten nach § 61 Nummer 1 und 2 der Verwaltungsgerichtsordnung."

5. § 5 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 werden die Wörter „vor dem 28. Februar 2010 erteilt" durch die Wörter „vor dem 1. März 2010 erteilt" ersetzt.

b) In Absatz 3 wird die Angabe „1. März 2010" durch die Angabe „28. Februar 2010" ersetzt.

c) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) Entscheidungsverfahren nach § 1 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, Genehmigungsverfahren nach § 1 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 oder Rechtsbehelfsverfahren nach § 2, die am 12. Mai 2011 anhängig waren oder nach diesem Tag eingeleitet worden sind und die am 29. Januar 2013 noch nicht rechtskräftig abgeschlossen worden sind, sind nach den Vorschriften dieses Gesetzes in der ab dem 29. Januar 2013 geltenden Fassung zu Ende zu führen. Abweichend von Satz 1 findet § 4a Absatz 1 nur auf gerichtliche Rechtsbehelfsverfahren Anwendung, die ab dem 29. Januar 2013 eingeleitet worden sind."

Artikel 2

Änderung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung

Das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2730) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Absatz 5 Satz 1 werden nach dem Wort „bundesrechtlich" die Wörter „oder durch Rechtsakte der Europäischen Union" eingefügt.

2. § 3 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 und Absatz 1a Satz 2 Nummer 1 und 2 werden jeweils die Wörter „der Europäischen Gemeinschaften oder" gestrichen.

b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „Bundesministerium für Verteidigung" durch die Wörter „Bundesministerium der Verteidigung" ersetzt.

3. In § 15 Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „Satz 1" gestrichen.

4. § 25 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 11 Satz 3 wird aufgehoben.

b) Folgender Absatz 13 wird angefügt:

„(13) Für Verfahren nach § 2 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 3, die der Entscheidung über die Zulässigkeit von Vorhaben nach Nummer 17.3 der Anlage 1 dienen, ist dieses Gesetz nur anzuwenden, wenn das Verfahren nach dem 1. August 2013 eingeleitet worden ist."

5. Die Anlage 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 17 werden die Wörter „Forstliche Vorhaben" durch die Wörter „Forstliche und landwirtschaftliche Vorhaben" ersetzt.

b) Nach Nummer 17.2.3 werden die folgenden Nummern 17.3 bis 17.3.3 eingefügt:

Nr.	Vorhaben	Sp. 1	Sp. 2
„**17.3**	Projekte zur Verwendung von Ödland oder naturnahen Flächen zu intensiver Landwirtschaftsnutzung mit		
17.3.1	20 ha oder mehr,	X	
17.3.2	10 ha bis weniger als 20 ha,		A
17.3.3	1 ha bis weniger als 10 ha;		S".

6. In Anlage 2 Nummer 2.3.9 werden die Wörter „die in den Gemeinschaftsvorschriften" durch die Wörter „die in Vorschriften der Europäischen Union" ersetzt.

7. Die Anlage 3 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1.7 wird aufgehoben.

b) In Nummer 1.10 werden die Wörter „Der Bundesbedarfsplan" durch das Wort „Bundesbedarfspläne" ersetzt.

c) In Nummer 1.11 werden die Wörter „Die Bundesfachplanung" durch das Wort „Bundesfachplanungen" ersetzt.

d) Nach Nummer 1.11 wird folgende Nummer 1.12 eingefügt:

„1.12 Nationale Aktionsprogramme nach Artikel 5 Absatz 1 der Richtlinie 91/676/EWG des Rates vom 12. Dezember 1991 zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen (ABl. L 375 vom 31.12.1991, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1) geändert worden ist".

e) Folgende Nummer 2.7 wird angefügt:

„2.7 Operationelle Programme aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung, dem Europäischen Sozialfonds, dem Kohäsionsfonds und dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes".

Artikel 3

Änderung des Umweltauditgesetzes

Das Umweltauditgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. September 2002 (BGBl. I S. 3490), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2509) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 9 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „den §§ 5 bis 7" durch die Wörter „den §§ 5, 6 und 7 Absatz 1 bis 3" ersetzt.

bb) Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Die Erteilung der Zulassung für die Tätigkeit in einem Land außerhalb der Europäischen Union (Drittlandszulassung) setzt neben der Erfüllung der Anforderungen nach den Sätzen 1 und 2 voraus, dass der Antragsteller die Anforderungen nach § 7 Absatz 4 erfüllt."

b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) In dem Zulassungsbescheid ist anzugeben,

1. für welche Zulassungsbereiche der Umweltgutachter selbst die erforderliche Fachkunde besitzt,

2. auf welche Zulassungsbereiche sich die Zulassung auf Grund angestellter fachkundiger Personen im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 Nummer 1 erstreckt,

3. im Falle der Drittlandszulassung

a) auf welches Drittland sich die Zulassung erstreckt, sowie

b) ob die Drittlandszulassung erfolgt auf Grund

aa) eigener Rechts- und Sprachkenntnisse des Umweltgutachters gemäß Artikel 22 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 oder

bb) einer gemäß Artikel 22 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 mit einer qualifizierten Person oder Organisation getroffenen vertraglichen Vereinbarung.

Im Falle der Nummer 3 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb sind die Personen, die die Voraussetzungen des Artikels 22 Absatz 2 Buchstabe a und b der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 erfüllen, in dem Zulassungsbescheid genau zu bezeichnen."

c) Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden die Absätze 3 und 4.

d) Im neuen Absatz 4 Satz 2 wird nach der Angabe „50001" die Angabe „:2011" eingefügt.

2. § 10 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Eine Drittlandszulassung setzt neben der Erfüllung der Anforderungen nach Satz 1 voraus, dass die Umweltgutachterorganisation, soweit nicht die Ausnahme des Artikels 22 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 vorliegt, über einen oder mehrere Umweltgutachter mit einer Drittlandszulassung für das Land verfügt, auf das sich der Zulassungsantrag der Umweltgutachterorganisation bezieht, und die im Hinblick auf Artikel 4 Absatz 5, die Artikel 18, 19, 25 Absatz 4 und 8 der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 zeichnungsberechtigte Vertreter oder Angestellte der Umweltgutachterorganisation sind."

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden die Wörter „des Absatzes 1 Nr. 2" durch die Wörter „des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 2 oder Absatz 1 Satz 2" ersetzt.

bb) Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„In dem Zulassungsbescheid ist anzugeben,

1. auf welche Zulassungsbereiche sich die Zulassung der Umweltgutachterorganisation auf Grund von fachkundigen Personen im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 2 erstreckt,

2. im Falle der Drittlandszulassung

a) auf welches Drittland sich die Zulassung erstreckt

sowie

b) ob die Drittlandszulassung erfolgt auf Grund

aa) des Vorhandenseins eines oder mehrerer Umweltgutachter im Sinne von Absatz 1 Satz 2, die im Hinblick auf Artikel 4 Absatz 5, die Artikel 18, 19, 25 Absatz 4 und 8 der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 zeichnungsberechtigte Vertreter oder Angestellte der Organisation sind oder

bb) einer gemäß Artikel 22 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 mit einer qualifizierten Person oder Or-

ganisation getroffenen vertraglichen Vereinbarung."

cc) Nach Satz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Im Falle des Satzes 3 Nummer 2 Buchstabe b sind die Personen, die die Voraussetzungen des Artikels 22 Absatz 2 Buchstabe a und b der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 erfüllen, in dem Zulassungsbescheid genau zu bezeichnen."

c) In Absatz 4 wird die Angabe „Abs. 3" durch die Angabe „Absatz 4" ersetzt.

3. § 11 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Die nach § 7 Absatz 4 Satz 1 erforderlichen Rechts- und Sprachkenntnisse werden in einem Fachgespräch bei der Zulassungsstelle festgestellt. § 12 Absatz 1 Satz 1 gilt entsprechend."

b) Die bisherigen Absätze 4 und 5 werden die Absätze 5 und 6.

c) Im neuen Absatz 6 Nummer 1 werden die Wörter „nach Absatz 1" durch die Wörter „nach den Absätzen 1 und 4" ersetzt.

4. § 17 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 Nummer 2 wird die Angabe „nach § 10 Abs. 1 Nr. 1" durch die Wörter „nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1" ersetzt.

bb) In Satz 3 werden nach dem Wort „kann" die Wörter „im Falle des Satzes 2" eingefügt.

cc) In Satz 4 wird die Angabe „Nr. 2" durch die Wörter „Satz 1 Nummer 2" ersetzt.

b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Die Drittlandszulassung ist zu widerrufen, soweit eine nach § 9 Absatz 1 Satz 1 und 2 einem Umweltgutachter oder eine nach § 10 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 1 einer Umweltgutachterorganisation erteilte Zulassung widerrufen wurde. Sie ist ferner zu widerrufen, wenn im Falle des Umweltgutachters die Voraussetzungen des § 7 Absatz 4 in Verbindung mit Artikel 22 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 oder im Falle der Umweltgutachterorganisation die Voraussetzungen des § 10 Absatz 1 Satz 2 weggefallen und innerhalb einer von der Zulassungsstelle zu setzenden Frist nicht wiederhergestellt sind. Darüber hinaus ist die Drittlandszulassung eines Umweltgutachters oder einer Umweltgutachterorganisation zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen des Artikels 22 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 weggefallen und innerhalb einer von der Zulassungsstelle zu setzenden Frist nicht wiederhergestellt sind."

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

5. In § 29 Satz 2 wird die Angabe „Abs. 3" durch die Angabe „Absatz 4" ersetzt.

Artikel 4

Änderung des Umweltschadensgesetzes

Das Umweltschadensgesetz vom 10. Mai 2007 (BGBl. I S. 666), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 17. August 2012 (BGBl. I S. 1726) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 9 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 2 erster Halbsatz werden die Wörter „einschließlich der Fristenregelungen" gestrichen.

b) Folgender Satz wird angefügt:

„Die Behörde ist befugt, ein Verfahren zur Kostenerstattung bis zu fünf Jahre ab dem Zeitpunkt des Abschlusses der Maßnahme oder der Ermittlung des Kostenschuldners einzuleiten, wobei diese Frist ab dem jeweils späteren Zeitpunkt beginnt; Rechtsvorschriften der Länder, die längere oder keine Fristen vorsehen, bleiben unberührt."

2. § 11 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Für Rechtsbehelfe von Vereinigungen gegen eine Entscheidung oder das Unterlassen einer Entscheidung der zuständigen Behörde nach diesem Gesetz gilt das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz."

Artikel 5

Änderung des Strafgesetzbuchs

In § 326 Absatz 2 Nummer 1 des Strafgesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2425) geändert worden ist, wird die Angabe „413/2010 (ABl. L 119 vom 13.5.2010, S. 1)" durch die Angabe „135/2012 (ABl. L 46 vom 17.2.2012, S. 30)" ersetzt.

Artikel 6

Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes

Das Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2449) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 62 folgende Angabe eingefügt:

„§ 62a Nationales Aktionsprogramm zum Schutz von Gewässern vor Nitrateinträgen aus Anlagen".

2. Nach § 62 wird folgender § 62a eingefügt:

„§ 62a

Nationales Aktionsprogramm zum Schutz von Gewässern vor Nitrateinträgen aus Anlagen

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit erarbeitet im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ein nationales Aktionsprogramm im Sinne des Artikels 5 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 Buchstabe b, Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a und Anhang II Buchstabe A Nummer 5 der Richtlinie 91/676/EWG des Rates vom 12. Dezember 1991 zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftli-

chen Quellen (ABl. L 375 vom 31.12.1991, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1) geändert worden ist. Dieses enthält insbesondere Angaben zur Beschaffenheit, zur Lage, zur Errichtung und zum Betrieb von Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle und Silagesickersäften sowie von vergleichbaren in der Landwirtschaft anfallenden Stoffen. Zu dem Entwurf des Aktionsprogramms sowie zu Entwürfen zur Änderung des Aktionsprogramms wird eine Strategische Umweltprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt. Das Aktionsprogramm und seine Änderungen sind bei Erlass der Rechtsverordnung auf Grund des § 23 Absatz 1 Nummer 5 bis 11 in Verbindung mit § 62 Absatz 4 zu berücksichtigen."

3. § 72 wird wie folgt gefasst:

„§ 72

Hochwasser

Hochwasser ist eine zeitlich beschränkte Überschwemmung von normalerweise nicht mit Wasser bedecktem Land, insbesondere durch oberirdische Gewässer oder durch in Küstengebiete eindringendes Meerwasser. Davon ausgenommen sind Überschwemmungen aus Abwasseranlagen."

4. In § 74 Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „Küstengebiete" die Wörter „und für Gebiete, in denen Überschwemmungen aus Grundwasser stammen," eingefügt.

5. In § 76 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Hochwasser" die Wörter „eines oberirdischen Gewässers" eingefügt.

Artikel 7

Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes

Das Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 6. Februar 2012 (BGBl. I S. 148) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 7 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

   a) In Nummer 9 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.

   b) Folgende Nummer 10 wird angefügt:

   „10. günstiger Erhaltungszustand

   Zustand im Sinne von Artikel 1 Buchstabe e und i der Richtlinie 92/43/EWG und von Artikel 2 Nummer 4 der Richtlinie 2004/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (ABl. L 143 vom 30.4.2004, S. 56), die zuletzt durch die Richtlinie 2009/31/EG (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 114) geändert worden ist."

2. § 19 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 2 Nummer 1 wird die Angabe „79/409/EWG" durch die Angabe „2009/147/EG" ersetzt.

   b) In Absatz 3 Nummer 1 wird die Angabe „79/409/EWG" durch die Angabe „2009/147/EG" ersetzt.

   c) In Absatz 4 werden die Wörter „des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (ABl. L 143 vom 30.4.2004, S. 56), die durch die Richtlinie 2006/21/EG (ABl. L 102 vom 11.4.2006, S. 15) geändert worden ist" gestrichen.

3. In den §§ 31, 32 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2, § 38 Absatz 3, § 45 Absatz 3 Nummer 3 sowie Absatz 7 Satz 3 und § 54 Absatz 3 Nummer 2 und Absatz 6 Satz 1 wird jeweils die Angabe „79/409/EWG" durch die Angabe „2009/147/EG" ersetzt.

4. In § 45 Absatz 3 Nummer 2 wird die Angabe „Anhang III Teil 1 der Richtlinie 79/409/EWG" durch die Angabe „Anhang III Teil A der Richtlinie 2009/147/EG" ersetzt.

5. In § 64 Absatz 1 werden die Wörter „neben den Rechtsbehelfen nach § 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes" durch die Wörter „, soweit § 1 Absatz 3 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes nicht entgegensteht" ersetzt.

6. In § 71a Absatz 1 Nummer 3 wird die Angabe „20" durch die Angabe „21" ersetzt.

Artikel 8

Änderung der UAG-Zulassungsverfahrensverordnung

In § 2 Absatz 2 Satz 2 der UAG-Zulassungsverfahrensverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. September 2002 (BGBl. I S. 3654), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 13. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2725) geändert worden ist, wird in den Nummern 2 bis 4 jeweils die Angabe „§ 10 Abs. 1" durch die Angabe „§ 10 Absatz 1 Satz 1" ersetzt.

Artikel 9

Änderung der UAG-Gebührenverordnung

In der UAG-Gebührenverordnung vom 4. September 2002 (BGBl. I S. 3503), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 13. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2727) geändert worden ist, wird die Anlage zu § 1 Absatz 1 (Gebührenverzeichnis) wie folgt geändert:

1. In Nummer 1 wird die Angabe „Abs. 4" durch die Angabe „Absatz 5" ersetzt.

2. In Nummer 10 wird die Angabe „§ 9 Abs. 1 Satz 1" durch die Wörter „§ 9 Absatz 1 Satz 3" ersetzt.

Artikel 10

Änderung der Bundesartenschutzverordnung

In § 4 Absatz 3 der Bundesartenschutzverordnung vom 16. Februar 2005 (BGBl. I S. 258, 896), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 3. Oktober 2012 (BGBl. I S. 2108) geändert worden ist, werden die Wörter „Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten (ABl. L 103 vom 25.4.1979, S. 1), die zuletzt durch die Richtlinie 2008/102/EG (ABl. L 323 vom 3.12.2008, S. 31)

geändert worden ist," durch die Wörter „Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. L 20 vom 26.1.2010, S. 7)" ersetzt.

Artikel 11

Änderung der Seeanlagenverordnung

§ 3a der Seeanlagenverordnung vom 23. Januar 1997 (BGBl. I S. 57), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 15. Januar 2012 (BGBl. I S. 112) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 12

Bekanntmachungserlaubnis

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit kann den Wortlaut des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes, des Umweltauditgesetzes, der UAG-Zulassungsverfahrensverordnung und der UAG-Gebührenverordnung in der vom 29. Januar 2013 an geltenden Fassung, den Wortlaut des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der vom 1. Januar 2014 an geltenden Fassung sowie den Wortlaut des Wasserhaushaltsgesetzes in der vom 1. August 2013 an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung kann den Wortlaut der Seeanlagenverordnung in der vom 29. Januar 2013 an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 13

Inkrafttreten

(1) Artikel 2 Nummer 1 bis 3, 4 Buchstabe b, Nummer 5 und 6, 7 Buchstabe e, die Artikel 4, 6 Nummer 1 und 3 bis 5, Artikel 7 Nummer 1 bis 4 sowie Artikel 10 treten am 1. August 2013 in Kraft.

(2) Artikel 2 Nummer 4 Buchstabe a tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

(3) Im Übrigen tritt dieses Gesetz am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 21. Januar 2013

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Peter Altmaier

Gesetz zur Anpassung der Vorschriften des Internationalen Privatrechts an die Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 und zur Änderung anderer Vorschriften des Internationalen Privatrechts

Vom 23. Januar 2013

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche

Das Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2494; 1997 I S. 1061), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27. Juli 2011 (BGBl. I S. 1600, 1942) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Artikel 3 wird wie folgt geändert:

   a) In der Überschrift wird das Wort „Gemeinschaft" durch das Wort „Union" ersetzt.

   b) Nummer 1 wird wie folgt geändert:

      aa) In dem Satzteil vor Buchstabe a wird das Wort „Gemeinschaft" durch das Wort „Union" ersetzt.

      bb) In Buchstabe b wird das Wort „sowie" durch ein Komma ersetzt.

      cc) In Buchstabe c wird das Wort „oder" durch das Wort „sowie" ersetzt.

      dd) Folgender Buchstabe d wird angefügt:

      „d) die Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 des Rates vom 20. Dezember 2010 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts (ABl. L 343 vom 29.12.2010, S. 10) oder".

2. Artikel 17 wird wie folgt geändert:

   a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

      „Artikel 17

      Besondere Scheidungsfolgen; Entscheidung durch Gericht".

   b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

      „(1) Vermögensrechtliche Scheidungsfolgen, die nicht von anderen Vorschriften dieses Abschnitts erfasst sind, unterliegen dem nach der Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 auf die Scheidung anzuwendenden Recht."

   c) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

      „(3) Der Versorgungsausgleich unterliegt dem nach der Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 auf die Scheidung anzuwendenden Recht; er ist nur durchzuführen, wenn danach deutsches Recht anzuwenden ist und ihn das Recht eines der Staaten kennt, denen die Ehegatten im Zeitpunkt

des Eintritts der Rechtshängigkeit des Scheidungsantrags angehören. Im Übrigen ist der Versorgungsausgleich auf Antrag eines Ehegatten nach deutschem Recht durchzuführen, wenn einer der Ehegatten in der Ehezeit ein Anrecht bei einem inländischen Versorgungsträger erworben hat, soweit die Durchführung des Versorgungsausgleichs insbesondere im Hinblick auf die beiderseitigen wirtschaftlichen Verhältnisse während der gesamten Ehezeit der Billigkeit nicht widerspricht."

3. Artikel 17b Absatz 1 Satz 4 wird wie folgt gefasst:

„Im Übrigen ist der Versorgungsausgleich auf Antrag eines Lebenspartners nach deutschem Recht durchzuführen, wenn einer der Lebenspartner während der Zeit der Lebenspartnerschaft ein Anrecht bei einem inländischen Versorgungsträger erworben hat, soweit die Durchführung des Versorgungsausgleichs insbesondere im Hinblick auf die beiderseitigen wirtschaftlichen Verhältnisse während der gesamten Zeit der Lebenspartnerschaft der Billigkeit nicht widerspricht."

4. In der Überschrift des Siebten Abschnitts wird das Wort „Gemeinschaft" durch das Wort „Union" ersetzt.

5. Nach Artikel 46c wird folgender Dritter Unterabschnitt eingefügt:

„Dritter Unterabschnitt

Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1259/2010

Artikel 46d

Rechtswahl

(1) Eine Rechtswahlvereinbarung nach Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 ist notariell zu beurkunden.

(2) Die Ehegatten können die Rechtswahl nach Absatz 1 auch noch bis zum Schluss der mündlichen Verhandlung im ersten Rechtszug vornehmen. § 127a des Bürgerlichen Gesetzbuchs gilt entsprechend."

6. Die Überschrift des Dritten Kapitels des Ersten Teils wird wie folgt gefasst:

„Drittes Kapitel

Angleichung; Wahl
eines in einem anderen Mitgliedstaat der
Europäischen Union erworbenen Namens".

7. Artikel 48 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 48

Wahl eines in einem anderen Mitgliedstaat
der Europäischen Union erworbenen Namens

Unterliegt der Name einer Person deutschem Recht, so kann sie durch Erklärung gegenüber dem Standesamt den während eines gewöhnlichen Aufenthalts in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union erworbenen und dort in ein Personenstandsregister eingetragenen Namen wählen, sofern dies nicht mit wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts offensichtlich unvereinbar ist. Die Namenswahl wirkt zurück auf den Zeitpunkt der Eintragung in das Personenstandsregister des anderen Mitgliedstaats, es sei denn, die Person erklärt ausdrücklich, dass die Namenswahl nur für die Zukunft wirken soll. Die Erklärung muss öffentlich beglaubigt oder beurkundet werden. Artikel 47 Absatz 1 und 3 gilt entsprechend."

8. Dem Artikel 229 wird folgender § 28 angefügt:

„§ 28

Übergangsvorschrift
zum Gesetz zur Anpassung
der Vorschriften des Internationalen
Privatrechts an die Verordnung (EU) Nr. 1259/2010
und zur Änderung anderer Vorschriften des
Internationalen Privatrechts vom 23. Januar 2013

(1) Artikel 17 Absatz 1 in der am 29. Januar 2013 geltenden Fassung ist anzuwenden, wenn das Verfahren auf Ehescheidung nach dem 28. Januar 2013 eingeleitet worden ist.

(2) Artikel 17 Absatz 3 und Artikel 17b Absatz 1 Satz 4 in der am 28. Januar 2013 geltenden Fassung sind weiter anzuwenden, wenn das Verfahren auf Ehescheidung oder Aufhebung der Lebenspartnerschaft vor dem 29. Januar 2013 eingeleitet worden ist."

9. In Anlage 3 Nummer 4 und Anlage 4 Nummer 4 zu Artikel 247 § 2 wird jeweils in der linken Spalte in der Zeile „Datenbankabfrage" das Wort „Gemeinschaft" durch das Wort „Union" ersetzt.

Artikel 2

Änderung des Personenstandsgesetzes

In § 43 Absatz 1 Satz 1 des Personenstandsgesetzes vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S. 122), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2255) geändert worden ist, werden nach den Wörtern „Erklärungen über" die Wörter „die Namenswahl nach Artikel 48 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche oder über" eingefügt.

Artikel 3

Änderung des Gesetzes zu dem Haager Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 über die Zuständigkeit der Behörden und das anzuwendende Recht auf dem Gebiet des Schutzes von Minderjährigen

Artikel 2 Absatz 4 des Gesetzes zu dem Haager Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 über die Zuständigkeit der Behörden und das anzuwendende Recht auf dem Gebiet des Schutzes von Minderjährigen vom 30. April 1971 (BGBl. 1971 II S. 217), das durch Artikel 103 des Gesetzes vom 19. April 2006 (BGBl. I S. 866) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 4

Änderung des Adoptionswirkungsgesetzes

Das Adoptionswirkungsgesetz vom 5. November 2001 (BGBl. I S. 2950, 2953), das zuletzt durch Artikel 68 des Gesetzes vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Absatz 1 Satz 2 wird nach den Wörtern „Satz 1 Nr. 1 Buchstabe d" die Angabe „und e" gestrichen.
2. In § 5 Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter „§§ 167 und 168 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 bis 4" durch die Wörter „§§ 159 und 160 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 bis 4" ersetzt.

Artikel 5

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 23. Januar 2013

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin der Justiz
S. Leutheusser-Schnarrenberger

Verordnung über das Ausbildungsgeld für Sanitätsoffizier-Anwärterinnen und -Anwärter (Sanitätsoffizier-Anwärter-Ausbildungsgeldverordnung – SanOAAusbGV)

Vom 15. Januar 2013

Auf Grund des § 30 Absatz 2 in Verbindung mit § 93 Absatz 3 des Soldatengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 2005 (BGBl. I S. 1482), von denen § 30 Absatz 2 durch Artikel 3 Nummer 6 des Gesetzes vom 31. Juli 2008 (BGBl. I S. 1629) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium der Verteidigung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und dem Bundesministerium der Finanzen:

§ 1

Anspruch auf Ausbildungsgeld

Der Anspruch auf Ausbildungsgeld nach § 30 Absatz 2 Satz 1 des Soldatengesetzes entsteht mit dem ersten und endet mit dem letzten Tag der Beurlaubung.

§ 2

Höhe des Ausbildungsgeldes

(1) Der Grundbetrag des Ausbildungsgeldes entspricht dem Grundgehalt und den Amtszulagen, die im Bundesbesoldungsgesetz für den jeweiligen Dienstgrad festgelegt sind.

(2) Werden Abschnitte des Studiums in Teilzeit absolviert, wird das Ausbildungsgeld im gleichen Verhältnis wie die wöchentliche Ausbildungszeit gekürzt.

§ 3

Anrechnung anderer Einkünfte auf das Ausbildungsgeld

Auf das Ausbildungsgeld angerechnet werden Geld- oder Sachleistungen, die eine Sanitätsoffizier-Anwärterin oder ein Sanitätsoffizier-Anwärter von anderer Seite für eine in der Approbations- oder Bestallungsordnung vorgeschriebene Tätigkeit erhält.

§ 4

Entsprechende Geltung von Vorschriften des Bundesbesoldungsgesetzes

§ 3 Absatz 1 Satz 2 und 3, Absatz 3 bis 6, sowie die §§ 3a, 9, 9a, 10, 11, 12, 17a, 17b und 39 bis 41 des Bundesbesoldungsgesetzes gelten entsprechend.

§ 5

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung über das Ausbildungsgeld für Sanitätsoffizier-Anwärter vom 12. September 2000 (BGBl. I S. 1406), die durch Artikel 15 Absatz 71 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160) geändert worden ist, außer Kraft.

Bonn, den 15. Januar 2013

Der Bundesminister der Verteidigung
Thomas de Maizière

Anordnung zur Übertragung beamtenrechtlicher Befugnisse und Zuständigkeiten für den Bereich der Deutschen Telekom AG (DTAGÜbertrAnO)

Vom 14. Januar 2013

Der Vorstand der Deutschen Telekom AG ordnet nach § 105 Absatz 3 Satz 2 des Bundesbeamtengesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160), § 1 Absatz 4 des Postpersonalrechtsgesetzes, der durch Artikel 24 Nummer 1 Buchstabe c des Gesetzes vom 9. Juli 2001 (BGBl. I S. 1510) geändert worden ist, in Verbindung mit § 126 Absatz 3 und § 127 Absatz 3 Satz 1 des Bundesbeamtengesetzes, § 49 Absatz 1 Satz 2 des Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 150) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, § 33 Absatz 5, § 34 Absatz 2, § 42 Absatz 1 und § 84 Satz 2 des Bundesdisziplinargesetzes vom 9. Juli 2001 (BGBl. I S. 1510) sowie § 56 Absatz 2 Satz 1 der Bundesbeihilfeverordnung vom 13. Februar 2009 (BGBl. I S. 326) an:

I.

Befugnisse und Zuständigkeiten im Bereich des allgemeinen Beamtenrechts und des Besoldungsrechts einschließlich der Entscheidung über Widersprüche und der Vertretung des Dienstherrn bei Klagen aus dem Beamtenverhältnis

1. Die allgemeinen beamtenrechtlichen Befugnisse und die besoldungsrechtlichen Befugnisse des Vorstands der Deutschen Telekom AG mit Ausnahme der Befugnis zur Ernennung und Entlassung von Beamtinnen und Beamten werden, soweit dies gesetzlich zulässig ist, auf den Betrieb Civil Servant Services/Social Matters/Health & Safety übertragen.
2. Die Zuständigkeit zum Erlass von Widerspruchsbescheiden in allgemeinen beamtenrechtlichen Angelegenheiten und in besoldungsrechtlichen Angelegenheiten wird dem Betrieb HR Business Services – Bereich Einstellung, Beendigung, Konzernwechsel/Applicant – übertragen. Von der Übertragung ausgenommen ist die Zuständigkeit zum Erlass von Widerspruchsbescheiden betreffend
   a) Verwaltungsakte des Vorstands,
   b) das Verbot der Führung der Dienstgeschäfte nach § 66 des Bundesbeamtengesetzes,
   c) die Feststellung des Verlustes der Besoldung nach § 9 des Bundesbesoldungsgesetzes und
   d) missbilligende Äußerungen.

   Die Zuständigkeit für die Entscheidung über Widersprüche gegen die in Satz 2 Buchstabe b bis d genannten Maßnahmen wird der Abteilung Civil Servant Services/Social Matters übertragen, es sei denn, dass der Vorstand die mit dem Widerspruch angefochtene Maßnahme getroffen hat.
3. Die Vertretung des Dienstherrn bei Klagen aus dem Beamtenverhältnis wird dem Betrieb HR Business Services – Bereich Beamtenrechtsservice – übertragen.

II.

Befugnisse und Zuständigkeiten im Bereich des Disziplinarrechts

1. Die Befugnisse zur Einleitung und Entscheidung von Disziplinarverfahren, zur Erteilung von Verweisen, zur Verhängung von Geldbußen, zur Kürzung der Dienstbezüge bis zum Höchstmaß und zur Erhebung der Disziplinarklage sowie die Vertretung des Dienstherrn bei Klagen in disziplinarrechtlichen Angelegenheiten werden, soweit dies gesetzlich zulässig ist, der Leiterin oder dem Leiter der Abteilung Civil Servant Services/Social Matters übertragen.
2. Die Zuständigkeit zum Erlass von Widerspruchsbescheiden in disziplinarrechtlichen Angelegenheiten wird der Abteilung Civil Servant Services/Social Matters übertragen.
3. Die Disziplinarbefugnisse bei Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten sowie früheren Beamtinnen und Beamten werden der Leiterin oder dem Leiter der Abteilung Civil Servant Services/Social Matters übertragen.

III.

Zuständigkeiten im Bereich des Versorgungsrechts

1. Die Zuständigkeiten nach § 49 Absatz 1 Satz 1 des Beamtenversorgungsgesetzes werden, soweit dies gesetzlich zulässig ist, dem Betrieb HR Business Services – Bereich Rechtsstreite Versorgung – übertragen.
2. Die Zuständigkeit für die Untersagung von Erwerbstätigkeiten von Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten sowie von früheren Beamtinnen und Beamten mit Versorgungsbezügen nach § 105 Absatz 2 und 3 des Bundesbeamtengesetzes sowie die Zuständigkeit zum Erlass von Widerspruchsbescheiden in Angelegenheiten der Beamtenversorgung und der Untersagung von Erwerbstätigkeiten von Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten sowie von früheren Beamtinnen und Beamten mit Versorgungsbezügen nach § 105 Absatz 2 und 3 des Bundesbeamtengesetzes werden dem Betrieb HR Business Services – Bereich Rechtsstreite Versorgung – übertragen.
3. Die Vertretung der obersten Dienstbehörde bei Klagen von Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestands-

beamten sowie von früheren Beamtinnen und Beamten mit Versorgungsbezügen in versorgungsrechtlichen Angelegenheiten wird dem Betrieb HR Business Services – Bereich Rechtsstreite Versorgung – übertragen.

IV.

Zuständigkeiten im Bereich des Beihilferechts

1. Die Entscheidung in Beihilfeangelegenheiten der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der Deutschen Telekom AG, die nicht in der Grundversicherung der Postbeamtenkrankenkasse versichert sind, wird dem Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen und in den Fällen, in denen die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in der Grundversicherung der Postbeamtenkrankenkasse versichert sind, dem Betrieb Civil Servant Services/Social Matters/Health & Safety übertragen.
2. Die Zuständigkeit zum Erlass von Widerspruchsbescheiden in Beihilfeangelegenheiten wird dem Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen und dem Betrieb Civil Servant Services/Social Matters/Health & Safety übertragen, soweit diese Stellen den mit dem Widerspruch angefochtenen Verwaltungsakt erlassen oder den Erlass eines Verwaltungsakts abgelehnt haben.
3. Die Befugnis zur Vertretung des Dienstherrn bei Klagen in Beihilfeangelegenheiten wird dem Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen und dem Betrieb Civil Servant Services/Social Matters/Health & Safety übertragen, soweit diese Stellen den mit dem Widerspruch angefochtenen Verwaltungsakt erlassen oder den Erlass eines Verwaltungsakts abgelehnt haben.

V.

Betrieb Vivento

Die Befugnis, Beamtinnen und Beamten, deren Arbeitsposten weggefallen sind oder künftig wegfallen werden, auf den Gebieten der Steuerung des Personaleinsatzes, der Personaleinsatzplanung, der Fortbildung und Qualifizierung einschließlich der Vorbereitung entsprechender Personalmaßnahmen dienstliche Weisungen zu erteilen, wird dem Betrieb Vivento übertragen. Der Betrieb Vivento ist insoweit Teil der Personalverwaltung im Sinne des § 107 Absatz 1 Satz 1 des Bundesbeamtengesetzes.

VI.

Bereich Projects & Operations-Support der Niederlassung zur Betreuung der Beamtinnen und Beamten

Die Befugnis, Beamtinnen und Beamten, deren Arbeitsposten im Rahmen der Organisationsmaßnahme Shape HQ nach Durchführung des Personalisierungsverfahrens für die Betriebe GHQ und COM weggefallen sind oder künftig wegfallen werden, auf den Gebieten der Steuerung des Personaleinsatzes, der Personaleinsatzplanung, der Fortbildung und Qualifizierung einschließlich der Vorbereitung entsprechender Personalmaßnahmen dienstliche Weisungen zu erteilen, wird dem Bereich Projects & Operations-Support der Niederlassung zur Betreuung der Beamtinnen und Beamten übertragen. Der Bereich Projects & Operations-Support der Niederlassung zur Betreuung der Beamtinnen und Beamten ist insoweit Teil der Personalverwaltung im Sinne des § 107 Absatz 1 Satz 1 des Bundesbeamtengesetzes.

VII.

Vorbehaltsklausel

Der Vorstand der Deutschen Telekom AG behält sich vor, die nach den Abschnitten I bis VI übertragenen Befugnisse im Einzelfall oder in bestimmten Gruppen von Fällen und in jedem Stadium des Verfahrens selbst wahrzunehmen.

VIII.

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2013 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Anordnung zur Übertragung beamtenrechtlicher Befugnisse und Zuständigkeiten für den Bereich der Deutschen Telekom AG vom 27. September 2010 (BGBl. I S. 1363) außer Kraft.

Bonn, den 14. Januar 2013

Deutsche Telekom AG
Der Vorstand
M. Schick

Hinweis auf das Bundesgesetzblatt Teil II

Nr. 1, ausgegeben am 17. Januar 2013

Tag	Inhalt	Seite
6.11.2012	Bekanntmachung des deutsch-malawischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	2
7.11.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel	4
7.11.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Durchführung der Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 über die Erhaltung und Bewirtschaftung von gebietsübergreifenden Fischbeständen und Beständen weit wandernder Fische	5
13.11.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen	6
19.11.2012	Bekanntmachung des deutsch-chilenischen Abkommens über eine Erwerbstätigkeit von wirtschaftlich abhängigen Familienangehörigen von Mitgliedern einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung	7
26.11.2012	Bekanntmachung der deutsch-mexikanischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	9
5.12.2012	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-französischen Abkommens über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit im Luftraum bei Bedrohungen durch zivile Luftfahrzeuge	11
6.12.2012	Bekanntmachung des deutsch-kolumbianischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	11
7.12.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung	15
7.12.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Internationale Kommission für das Zivilstandswesen sowie des Zusatzprotokolls zu diesem Protokoll	16

Hinweis

Die Angaben unter einer Überschrift bedeuten:

FNA: Fundstellennachweis A mit den maßgeblichen Gliederungsnummern

Der seit 1952 jährlich erscheinende und vom Bundesministerium der Justiz herausgegebene Fundstellennachweis A – Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen –, jeweils abgeschlossen am 31. Dezember, ist bis einschließlich der Ausgabe mit Stand 31. Dezember 2011 von der Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, oder über den Buchhandel zu beziehen. Der Fundstellennachweis A (Stand 31. Dezember 2012) ist nicht mehr in gedruckter Fassung erhältlich und wird voraussichtlich im Laufe des ersten Quartals 2013 auf der Internetseite der Bundesanzeiger Verlag GmbH (http://www.bundesgesetzblatt.de) über den kostenlosen Bürgerzugang im PDF-Format zur Verfügung stehen.

GESTA: Dokumentation „Stand der Gesetzgebung des Bundes" mit der maßgeblichen Ordnungsnummer

Die vom Deutschen Bundestag seit 1973 – ursprünglich als Loseblattwerk, dann im Internet als GESTA.online – herausgegebene Gesetzesdokumentation steht seit August 2007 als Bestandteil des neuen Dokumentations- und Informationssystems (DIP) über die Homepage des Deutschen Bundestages (http://www.bundestag.de oder direkt http://dipbt.bundestag.de/dip21.web/bt) online zur Verfügung.

Dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts sind für die Abonnenten das Titelblatt, die Zeitliche Übersicht und das Sachverzeichnis für den Jahrgang 2012 des Bundesgesetzblatts Teil II beigefügt.

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz
Postanschrift: 11015 Berlin
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz
Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
Postanschrift: 53094 Bonn
Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH
Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:
Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78
E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de
Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 52,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 4,25 € (3,20 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1095

1100240 1 80 BUC

Landtag NRW
Bibliothek
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 5702 · Entgelt bezahlt

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Union,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben.

Aufgeführt werden nur die Verordnungen, die im Inhaltsverzeichnis des Amtsblattes durch Fettdruck hervorgehoben sind.

	Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABl. EU – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite	vom
9. 11. 2012	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1081/2012 der Kommission zu der Verordnung (EG) Nr. 116/2009 des Rates über die Ausfuhr von Kulturgütern	L 324/1	22. 11. 2012
9. 11. 2012	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1082/2012 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 185/2010 in Bezug auf die EU-Validierung der Luftsicherheit (1)	L 324/25	22. 11. 2012
	(1) Text von Bedeutung für den EWR.		
	Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 1089/2010 der Kommission vom 23. November 2010 zur Durchführung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Interoperabilität von Geodatensätzen und -diensten (ABl. L 323 vom 8.12.2010)	L 325/19	23. 11. 2012
14. 11. 2012	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1096/2012 der Kommission zur Eintragung einer Bezeichnung in das Verzeichnis der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben (Aischgründer Karpfen (g.g.A.))	L 326/1	24. 11. 2012
23. 11. 2012	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1097/2012 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 142/2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte sowie zur Durchführung der Richtlinie 97/78/EG des Rates hinsichtlich bestimmter gemäß der genannten Richtlinie von Veterinärkontrollen an der Grenze befreiter Proben und Waren in Bezug auf den Versand tierischer Nebenprodukte und von Folgeprodukten zwischen den Mitgliedstaaten (1)	L 326/3	24. 11. 2012
	(1) Text von Bedeutung für den EWR.		